

■ Pläne für NATO-Beitritt

Weltkriegspakt

Von Arnold Schölzel

Es zeichnet sich ab, dass der für Juni geplante NATO-Gipfel in Madrid eine langgeplante Neuordnung der Welt verkünden wird. Sie fußt auf der militärischen Einkreisung Chinas und Russlands. Dazu werden Bündnispartner am Indischen und Pazifischen Ozean herangezogen. Dem europäischen Brückenkopf der USA soll ein militärisches und politisches Stahlkorsett umgelegt werden, das Russland durch vermeintliche Geschlossenheit und eine Art ideologische Gleichschaltung beeindrucken soll. Größere Kriege, auch die mit sogenannten taktischen Atomwaffen angeblich führungsfähigen, sind geplant. An »modernen« Atombomben bastelt die NATO offiziell seit 2016 verstärkt. Alle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge mit Russland wurden in 20jähriger Arbeit beseitigt. Auf Fragen nach russischen Sicherheitsinteressen antwortet der Westen nicht mehr oder mit Phrasen.

Schweden und Finnland wollen auf den zum Weltkrieg abfahrenden NATO-Zug aufspringen und bis Madrid Mitglieder sein. Warnungen aus Moskau, das bedeute eine neue Lage an der Ostsee und zwingt Russland zu Reaktionen, werden arrogant abgetan. Vollendet wird ihm übrigen, was mit der Teilnahme beider Staaten an Manövern und Kriegen der NATO, darunter Afghanistan, längst verwirklicht wurde: vorgetauschte Neutralität bei Teilhabe an reaktionärer Weltpolitik auf der Seite der vermeintlich Stärksten.

Ob der Traum von US-Strategen mit der so komplizierten NATO aufgeht, hängt vom globalen

Kräfteverhältnis und vom Widerstand der Friedenskräfte ab. Der Krieg Russlands in der Ukraine dient lediglich als Vorwand, um den neuen Pakt und alte Hochrüstungspäne beschleunigt zu verwirklichen. In der Bundesrepublik wurden die heute verlangten Summen für Waffen schon 2013 gesetzt. Erinnerung sei an die Auftritte von Ursula von der Leyen und Frank-Walter Steinmeier als Minister der gerade neu gebildeten »großen« Koalition zusammen mit dem damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 – drei Wochen vor dem Putsch antirussischer Nationalisten und Faschisten in Kiew. Das Stichwort des Trios lautete »mehr Verantwortung«, und Gauck fasste, was gemeint war, in die Worte, die Bundesrepublik müsse sich »früher, entscheidender und substantieller« auch in »fernen Weltgegenden« z. B. mit Interventionen »einbringen«. Dieses Tarnwort der sogenannten DDR-Bürgerrechtler für Diktat kam in jener »Zeitenwende« mit Recht zu Ehren. Unter Führung der Partei, die sich immer noch Bündnis 90/Die Grünen nennt, wird geerntet, was die Zerstörung des ostdeutschen Staates bezweckte: deutsche Weltmachtansprüche beharrlich verfolgen.

Für Schweden könnte der NATO-Beitritt immerhin einen schönen Nebeneffekt haben: Bislang vermutete Stockholm hinter jeder Schäre ein russisches U-Boot. Das hat Nerven gekostet. Die US- und NATO-Schiffchen, die da regelmäßig steckten, dürfen endlich auftauchen.

■ Selbstvermarkter des Tages

Elon Musk



Das machen Jungs halt so. Auf Klo schmökern, hartnäckig lang. Schlüpfrißes, Sportliches, bisweilen beides parallel. Elon Musk macht auf dem Abort noch was. Bevorzugt twittern, sagt er jedenfalls freizügig. Dabei kommt, man ahnt es, viel Scheiße raus. Quatsch in jedem Falle, das etwa: »i!u.« Ein vom Erfinder tonenschwerer Elektromobile abgesetzter Tweet, Donnerstag zehn Minuten vor Mitternacht (MEZ).

Kurz zuvor twiterte der Dauertwitterer, den Kurznachrichtendienst übernehmen zu wollen. Per feindlichem Akt. Musk bot allen Twitter-Aktionären an, ihre Anteile an ihn zum Preis von 54,20 US-Dollar abzutreten. Dazu passt: Bereits in der vergangenen Woche hatte der Marskolonialist in spe einen Anteil von

9,2 Prozent an Twitter zusammengekauft. Jetzt will er mehr, alles. Als planetarisch Reichster kann er das. Er habe die nötigen Mittel, um den Megadeal durchzuziehen, posaunte der 50jährige Tesla-Boss am Donnerstag auf der TED-Konferenz rund 47 Milliarden US-Dollar dürfen es sein.

Für Musk nur ein sanitäres Spielzeug? Mitnichten. Ein Instrument der Selbstvermarktung, mit enormer Reichweite. Für den Meinungsmacher ein manipulierbarer Multiplikator. Der Technmull versicherte flugs, er wolle mit Twitter eine Plattform für Redefreiheit etablieren. Nur das, nicht, um Kohle zu machen. Klingt nach Nebelkerze im Klosett. Anleger scheinen auch nicht wirklich begeistert ob der Musk-Offerte, räumten einem Putsch auf dem Börsenparkett nur wenig Chancen ein. Mehr noch: Der Twitter-Verwaltungsrat kündigte laut Techportal *The Information* an, gegen Musks Übernahmeveruch zu stänkern. Der Clinch zurück: »Ich mag es nicht zu verlieren.« Ausgang des Vorgangs also offen.

Noch was Finales zur Defäkation, vielleicht beruhigt es ein bisschen. Nicht alle Jungs sind so, und wie Musk schon gar nicht. **Oliver Rast**

»Nur sehr wenige erhalten den notwendigen Schutz«

Ukraine-Krieg: Wer den Dienst an der Waffe verweigert, bekommt in der BRD nicht automatisch Asyl. Ein Gespräch mit Rudi Friedrich

Das Netzwerk Connection e. V. hat zur Unterstützung russischer, belarussischer und ukrainischer Kriegsdienstverweigerer und Deserteure eine Beratungshotline in russischer Sprache eingerichtet. Was war der Antrieb?

Wenn Soldaten und Soldatinnen, aber auch Wehrpflichtige überlegen, wie sie sich der Rekrutierung und dem Einsatz im Krieg entziehen können, stehen sie vor großen Problemen. Sie suchen nach Auswegen, denken über Flucht und Asyl nach. Um eine Entscheidung treffen zu können, brauchen sie verlässliche Informationen. Deshalb ist es so wichtig, ihnen diese in der eigenen Sprache zur Verfügung zu stellen. Wünschenswert wäre es, dass wir dieses Angebot auch in ukrainischer Sprache machen können.

Liegen Ihnen Zahlen vor, wie viele Kriegsdienstverweigerer und Deserteure es auf beiden Seiten aktuell gibt?

Bislang gibt es nur Hinweise dazu, dass es eine größere Zahl von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren auf allen Seiten gibt. So gab die belarussische Organisation Nash Dom bekannt, dass mindestens 3.000 belarussische Militärdienstpflichtige nach Litauen geflohen seien. Und die von Georgien angegebene Zahl von etwa 30.000 Emigranten aus Russland deutet darauf hin, dass darunter eine bedeutende Zahl von Militärdienstpflichtigen sein könnte. Zur Ukraine gibt es keinerlei Schätzung, da nicht klar ist, wie viele militärdienstpflichtige Männer sich unter den Flüchtlingen aus dem Land befinden.

Sie haben auf einen Unterschied



Rudi Friedrich ist aktiv beim Kriegsdienstverweigerer-Netzwerk Connection e. V.

in Behandlung von russischen und ukrainischen Verweigerern und Deserteuren hingewiesen. Worin besteht der?

Russische Deserteure und Verweigerer des Militärdienstes müssen normalerweise ins Asylverfahren gehen, um hierzulande die Chance auf einen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Dort ist dann vor allem die Frage relevant, ob sie sich konkret einem völkerrechtswidrigen Krieg entzogen haben. Ukrainische Männer erhalten dagegen wie alle anderen Flüchtlinge aus der Ukraine einen einjährigen humanitären Status. Erst wenn dieser ausläuft, wird die Frage relevant sein, ob ihnen aufgrund ihrer Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine Verfolgung droht.

Sie fordern die Anwendung einer Richtlinie der EU. Welche ist das?

Die Qualifikationsrichtlinie der EU definiert, wann ein Flüchtling einen Schutz nach der Genfer Konvention erhält. In Artikel 9 wird unter anderem festgelegt, dass Personen, die sich

völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen und deswegen mit Verfolgung rechnen müssen, einen Flüchtlingsschutz erhalten sollen. Soweit ist das eigentlich eindeutig, aber Behörden und Gerichte haben die Anforderungen an die Flüchtlinge so hoch gesteckt, dass vielen trotzdem die Ablehnung droht.

Das entscheidende Problem dabei ist: Behörden und Gerichte erwarten, dass die Betroffenen belegen können, dass sie im Kriegsgebiet eingesetzt wurden oder eingesetzt worden wären. Militärdienstzeitzeuger, also Wehrpflichtige, die bereits vor der Einberufung flüchten, werden diesen Nachweis nicht führen können. Und selbst Deserteure, die außerhalb der Ukraine aus dem Militär flüchten, werden dies nur selten aufzeigen können. All dies wird zur Folge haben, dass nur sehr wenige wirklich den notwendigen Schutz erhalten.

Hundertern ukrainischen Kriegsdienstverweigerern ist in der BRD kein Asyl gewährt worden.

Welche Folgen hat das?

Sie waren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen, weil sie sich nicht am Krieg im Donbass beteiligen wollten. Unter ihnen waren auch Männer, die auf beiden Seiten zwangsweise rekrutiert werden sollten. Hier wurden die Verfahren von den Gerichten lange nicht behandelt – und in den letzten beiden Jahren wurden sie in aller Regel abgelehnt, da sich die Situation in der Ukraine angeblich beruhigt habe und keine Verfolgung mehr drohe. Die Konsequenz für sie ist, dass sie nun erneut der Rekrutierung für einen Krieg ausgesetzt sind.

Interview: Kristian Stemmler

■ Abgeschrieben

Der SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden in der Partei Die Linke warnte in einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung vor einer nuklearen Eskalation des Ukraine-Kriegs:

Krieg ist ein Verbrechen und gehört als Mittel der Politik geächtet anstatt befeuert. Je mehr Rüstungsgüter Deutschland liefert und sich an der Aufrüstung der NATO-Ostflanke beteiligt, desto mehr wird es selbst zur Kriegspartei. Die Gefahr eines Flächenbrands in Europa mit nuklearem Ausgang droht so sehr wie seit Jahrzehnten nicht.

Wir sind uns einig über die Verteilung des russischen Einmarschs in die Ukraine. Es gibt keine Ausnahmen in der Bewertung von Angriffskriegen. Allerdings kommt dieser Krieg nicht aus heiterem Himmel. Er kündigte sich seit mehr als 20 Jahren an. Von 1990 – vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Ost-erweiterung über die einseitige Kündigung der ABM-, A-KSE- und INF-Rüstungsbegrenzungsverträge bis zum Aufbau des NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands – bis heute kennt das Agieren von NATO und EU im Osten Europas nur eine Richtung: Eskalation. Mittlerweile liegen die Militärausgaben der NATO-Staaten 17mal

über denen Russlands und sollen noch weiter massiv steigen. Auch Russland rüstet auf, vor allem mit neuartigen Waffensystemen wie Hyperschallraketen, und formuliert seinerseits eine zunehmend nationalistische außenpolitische Doktrin.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt spätestens seit 2014 aktiv Partei für die Kräfte der Eskalation im Westen und für die rechts-nationalistische Führung in Kiew. Auf den Ukraine-Krieg reagiert auch die neue Ampelregierung ganz in diesem Sinne – mit Waffenlieferungen in ungeahntem Umfang, einem beispiellosen Aufrüstungspaket, Sanktionen und dem möglichst vollständigen Bruch aller Beziehungen nach Russland. Der einzige Profitierer dieser desaströsen Politik hierzulande ist die Rüstungsindustrie.

Doch wer Waffen liefert, will keinen Frieden, wie Bundeskanzler Scholz behauptet, sondern macht sich schuldig an noch mehr Tod und Zerstörung und ist mitverantwortlich dafür, dass der Krieg noch länger und noch blutiger wird, dass eine Verhandlungslösung in noch weitere Ferne rückt. (...)

Die einzige Haltelinie für die deutsche Kriegspolitik ist im Moment (!) noch ein eigener Kampfeinsatz von Bundeswehr-Soldaten. Doch die Logik

der militärischen Eskalation ist vorhersehbar. Deutschland beteiligt sich mit eigenen Truppen an der weiteren Verstärkung der NATO-Ostflanke. Wurde vor Beginn des Krieges noch erörtert, sogenannte Defensivwaffen zu liefern, ist man inzwischen schon bei schwerem Kriegsgerät angekommen. Doch dies provoziert die russische Seite weiter und verlängert nur den Krieg und damit die Opferzahlen und Zerstörung. Und es riskiert den 3. Weltkrieg: Nicht nur die von Polen ins Gespräch gebrachte »NATO-Friedenstruppe« und die von Selenskiy vehement geforderte Flugverbotszone würde nichts weniger bedeuten, als dass die NATO direkt in einen Krieg gegen Russland eintritt – auch der Tod von NATO-Soldaten bei der Bekämpfung eines solchen Waffentransports z. B. wäre ein solcher Worst case. Eine nukleare Eskalation wäre dann sehr wahrscheinlich.

Wer auf eine »Abnutzung« der russischen Militärmacht hofft oder gar auf ein Szenario wie in Afghanistan setzt, nur »damit Putin nicht gewinnt«, muss sich klarmachen: Das hilft der Ukraine nichts. Etwas anderes zu behaupten, wäre zynisch, wie ein Blick auf Afghanistan zeigt, das nach 40 Jahren Krieg ein vollständig zerstörtes Land ist. (...)